

Öffentliche Sitzung
 des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 02.02.2022
 als Hybridsitzung im Hans-Baldung-Grien-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 20:06 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf- Streit ab 16:31 Uhr.

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Frau Eva Bublitz

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Markus Herrmann

Herr Christian Joswig

Frau Chiara Kriz

Frau Anne-Marie Mosses

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Frau Birgit Pedoth

Herr Bernd Raubal
Frau Anja Tamm
Herr Raphael Wieler
Frau Franka Zaneke
Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Tagesordnung

=====

- 1** Lärmaktionsplan Schwäbisch Gmünd
- 2** European Energy Award – Vorstellung des Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystems als Unterstützung zur Erreichung von Klimazielen in Schwäbisch Gmünd
- 3** Präsentation Ergebnisse European 16 "Westliches Stadttor" Schwäbisch Gmünd
- 4** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 5** Bekanntgaben
- 5.1** Rotrinnensteg: Aktueller Sachstand
- 5.2** Einführung von E-Tretroller-Verleihsystemen
- 6** Anfragen
- 6.1** Unfälle mit Radfahrern
- 6.2** KfW-Förderanträge
- 6.3** Bauvoranfragen Taubental
- 6.4** Quartiersversammlungen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Lärmaktionsplan Schwäbisch Gmünd **Vorlage: 230/2021/1**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein.

Bürgermeister Mihm äußert, dass der Lärmaktionsplan ein wichtiges Instrument sei. Der Lärmaktionsplan müsse in die Stadtentwicklung einfließen.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Es sei toll, dass der Lärmaktionsplan nun fertig sei. Dieser berge auch Gefahren in sich. Die Einbeziehung sei wichtig und die Priorisierung schlüssig. Die Belagserneuerung sei der wichtigste Punkt, man benötige vernünftige Straßen. Lärmschutzfenster müssten ganz zum Schluss kommen, wenn man nichts Anderes mehr schaffe, da es nichts nutze, wenn man lüfte oder sich draußen bewege. Wichtig sei, es müsse ein Grundlagen- und kein Aktionspapier sein. Tempo 30 spiele hier auch mit rein. Er warne davor, auch teilweise aus politischem Aktionismus, überall Tempo 30 einzuführen. Er sei nicht grundsätzlich gegen Tempo 30, aber man müsse auch die Auswirkungen berücksichtigen. Man benötige ein ganzheitliches Verkehrskonzept.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die komplette Kernstadt in Tempo 30 erarbeitet habe, die Vorlage werde nächste Woche eingebracht. Hier sei man sehr weit gegangen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man immer betont habe, dass der Lärmaktionsplan zu nichts verpflichte. Dies habe er nicht verstanden, da über 13.000 Menschen lärmgeplagt seien. Es sei eine Verpflichtung zum Handeln und keine freiwillige Leistung. Auch die Verwaltung müsse dies als Verpflichtung sehen, mehr und wirksamere Maßnahmen zu ergreifen als „nur“ Straßen zu markieren. Eine Maßnahme alleine bringe zu wenig, eine Kombination sei daher erforderlich. Er erkundigt sich, wann Tempo 30 und die Verringerung der Straßenbreite umgesetzt werde. Bei Variante 1 sei Tempo 30 flächendeckend in der Kernstadt eingeführt. Diese Maßnahme habe den höchsten Effekt der Lärmreduzierung. Die rechtliche Zulässigkeit werde derzeit geprüft, hier sei man optimistisch. Es sei auch die kostengünstigste Maßnahme. Daher sollten dies alle Fraktionen unterstützen. Der Lärm nehme bei der Ausweitung der E-Mobilität nur bis Tempo 30 ab, darüber habe es keine Effekte. Außerdem wolle man neue Flächen ausweisen. Die Lärmbelastung nehme daher zu und lasse sich nicht durch neue Straßenbeläge lösen. Lärmschutzfenster sollten nur an einzelnen Stellen aufgrund der hohen Kosten in Betracht gezogen werden. Lärmschutz sei auch eine soziale Aufgabe. Die Bürgerbeteiligung sei sehr wichtig, die Ortschaftsräte habe man beteiligt, die Innenstadt bisher jedoch nicht.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Entscheidung beim Gemeinderat liege.

Stadtrat Zengerle/SPD führt aus, dass bisher Fehler in der Vorlage seien, da die Darstellungen teilweise nicht dem aktuellen Bestand entsprechen würden. Lärmschutzwände, die vorhanden seien, seien nicht berücksichtigt. Am wichtigsten sei die Entwässerung der Dränschicht, dies geschehe direkt am Fahrbahnrand. Er glaube kaum, dass man hier die Kosten im Haushalt wiederfinde. Er schließe sich außerdem den Vorrednern an.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für die Präsentation. Er habe insgesamt vier wichtige Punkte:

1. Er schließe sich den Ausführungen von Stadtrat Miller an. 13.500 Menschen in Schwäbisch Gmünd seien Lärm ausgesetzt, der den Körper in einen dauerhaften Stresszustand versetze. Der Lärm treffe Menschen, die ohnehin benachteiligt werden würden, der Lärm verschärfe daher die soziale Ungerechtigkeit.
2. Es sei viel zu wenig die Rede davon, was die Ursache des Lärms sei. Es sei vor allem Lärm von Autos, d.h. man habe zu viele Autos und man fahre zu viel Auto. Wer Lärm ernsthaft reduzieren wolle, der müsse den Autoverkehr drastisch reduzieren. Man dürfe Lärm nicht isoliert betrachten, sondern man brauche die Mobilitätswende.
3. Der Gemeinderat komme mit dem Lärmaktionsplan einer gesetzlichen Verpflichtung nach, mehr nicht. Wenn man dem Plan zustimme, werde keine einzige Maßnahme beschlossen, es sei lediglich ein weiteres Konzept wie das Klimaschutzkonzept. In Karlsruhe sei der Beschluss des Gemeinderats mit dem Zusatz versehen, dass die Verwaltung mit der Umsetzung der genannten Maßnahmen beauftragt werde. Dies wünsche er sich von der Verwaltung ebenfalls, zumindest für die finanzierbaren und umsetzbaren Maßnahmen.
4. Die Lärmschutzfenster würden immer als Joker genannt, wenn nichts Anderes mehr gehe und nichts Anderes mehr helfe. Sie seien für die Stadt das günstigste Mittel, die Verantwortung werde auf die Hausbesitzer übertragen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass Stadtrat Benks Schlussfolgerungen am Ende nicht mehr sachgerecht seien. Er gehe von den Lärmemissionen aus, also von der Quelle. Was an Lärm ankomme, sei damit nicht ausgesagt. Hier sei ein gewisser Bruch der Logik. Im Hirschfeld in Bettringen habe man beispielsweise einen Lärmschutzwall, in der Buchauffahrt habe man eine Lärmschutzwand, was dahinter ankomme sei dann entscheidend. Die Lärmbelastung wolle er nicht schönreden, aber diese Absolutheit sei im Lärmschutzgutachten nicht feststellbar. Außerdem sei es eine politische Debatte. Es gebe einen Unterschied zwischen einer Handlungspflicht und einer politischen Verpflichtung. Man könne nicht alles 1:1 umsetzen, da die Maßnahmen auch der Haushaltsdebatte vorbehalten sein müssten. Wenn man den Verkehr anschau, dann spiele eine Vielzahl eine Rolle. Die Sicherheit stehe an oberster Stelle. Der Lärmschutz sei auch wichtig, auch die Luftreinhaltung. Diese drei Stichworte stünden auch im Widerspruch, man müsse alle Argumente einbeziehen. Die Entscheidungen in verkehrlichen Punkten sei dann nicht ausgewogen genug betrachtet.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Es ziehe sich schon lange, daher könne man meinen, dass nichts passiere. Man müsse den Lärmaktionsplan in der Fraktion noch diskutieren. Wenn man an der einen Stelle was mache, habe es auch Auswirkungen auf andere Straßen. Überall Tempo 30 einzuführen, sei daher zu kurz gesprungen. Die Neue Straße in Bettringen sei saniert worden. Seitdem sei es besser geworden. Wenn man Vorgaben mache, sollten diese auch kontrolliert werden.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass es eine erschreckende Zahl sei. Lärmschutzfenster würden vor allem in Bestandsbauten ausscheiden. Es sei eine sehr theoretische Frage. Wer fahre 30 km/h und inwieweit sei die Stadt in der Lage, dies zu kontrollieren. Aus Lärmschutzgründen das Auto zuhause stehenzulassen und auf den ÖPNV umzusteigen, sei nicht realisierbar. Die Stadt sei daher in einer sehr schwierigen Situation. Man habe kein Geld und begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Flüsterasphalt und eine Geschwindigkeitsreduzierung seien keine realen und überzeugenden Möglichkeiten, den Plan sinnvoll umzusetzen. Durch eine Straßenverengung und der Schaffung von Fahrradstraßen werde der Individualverkehr auch nicht nachhaltig abnehmen. Man könne auch zu radikalen Maßnahmen greifen wie einem Verbot von Autos in der Innenstadt. Da sei er gespannt auf die Reaktionen der Bürgerschaft. Dies sei auch keine Möglichkeit, daher könne man nur versuchen, durch eine sinnvolle Verkehrsführung eine Verbesserung zu erreichen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für die Präsentation. Man habe auf wirtschaftliche und technische Machbarkeit und Lösungen gesetzt. Das begrüße er. Er hat weist darauf hin, das man verpflichtet sei, Maßnahmen zu ergreifen, obwohl aber keine Fördergelder zur Verfügung stehen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE nimmt Bezug zu den Aussagen von Ersten Bürgermeister Baron. Er habe versucht zu relativieren, welche Auswirkungen Lärm auf Menschen habe. Ab 25 dB bestehe eine Krankheitsgefährdung.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es ihm um die Zahl von 13.500 gegangen sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 2 European Energy Award – Vorstellung des Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystems als Unterstützung zur Erreichung von Klimazielen in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 011/2022

Protokoll:

Frau Zaneck führt in den Sachverhalt ein.

Frau Kriz stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass man schon immer eine Reduktion von CO₂ haben wolle. Die Dinge seien nicht neu, man fange nicht bei Null an. Die CO₂-Schleudern sei bekannt. Man solle die Energiesachverständigen nicht vergessen. Dass es nun professionell aufgestellt und gebündelt werde, unterstütze man. Man müsse die energetische Sanierung und auch die finanziellen Auswirkungen, berücksichtigen. Man müsse auch das Rad nicht neu erfinden, sondern könne sich an anderen Kommunen orientieren. Auch ein klimaneutrales Baugebiet habe man in Hussenhofen schon realisiert. Für Neubauten könne man dies festsetzen, aber immer mit Maß und Ziel.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Es bedeute, dass man sich zwei Jahre damit beschäftige, um am Ende ein Zertifikat zu haben. Man habe genügend Basisdaten, warum solle man sich zwei Jahre nochmals damit beschäftigen. Man brauche keine neue Ist-Analyse und schon gar nicht, wenn man sich zwei Jahre damit beschäftige und im dritten Jahr weitermache. Man müsse jetzt Maßnahmen ergreifen. Wo zeige der EEA auf, wie viel CO₂ man mit welchen Maßnahmen in welcher Zeit konkret einspare? Wo sehe man, wenn man zwei Jahre weiter sei, wie viel CO₂ man eingespart habe und ob man das Ziel erreiche? Man habe deutliche Zweifel, der EEA sei gut, komme aber 10 bis 15 Jahre zu spät. Man brauche jetzt einen Fahrplan zur Umsetzung, keine Rückschau. Man habe eine gute Basis, es gehe darum, einen Katalog aufzustellen, wann man die Maßnahmen umsetze. Hier könne man nicht mehr warten. Man müsse Handlungsschritte in Zwei-Jahresschnitten festlegen, man müsse es mit Geld hinterlegen und umsetzen. Der geplante Audit aus dem dritten Jahr könnte bereits im ersten Jahr ein geeigneter Schritt sein.

Frau Zanek führt aus, dass man nun in ein Umsetzungskonzept kommen wolle, man fange nicht bei Null an. Man wolle ins Tun kommen, daher wolle man auf das wertvolle Instrument des EEA zurückgreifen. Keiner könne genau sagen, was man tun müsse, um 2035 klimaneutral zu werden. Man setze auf das Bestehende auf und mache weiter. Die Förderprogramme des Landes seien bereits so gestrickt, dass man mehr Förderung erhalte, wenn man im EEA dabei sei.

Stadtrat Schwab/SPD verweist auf das Klimaschutzkonzept. Es sei Aufgabe des neuen Amtes dieses nun umzusetzen. Diese Aufgabe könnten externe Berater nicht übernehmen. Man werde in der Fraktion den Beitritt zum EEA sehr kritisch betrachten. Er freue sich, dass klimaneutrales Bauen von Herrn Preiß unterstützt werde.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE wünscht sich ebenfalls eine Umsetzung. Die Konzepte seien bekannt. Der Vorlage sei nicht zu entnehmen, dass bereits mit der Umsetzung begonnen werde.

Frau Zanek antwortet, dass man den EEA als Instrument des Controllings ansehen solle. Man brauche es, um quantifizierbare Maßnahmen zu treffen. Man sei bereits an vielen Maßnahmen dran.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man die Beteiligten mit einbeziehen wolle und der Schwerpunkt auf dem Tun liege.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen hätte sich eine Übersicht gewünscht. Sie sehe den EEA als Marketinginstrument, um an Zuschüsse zu kommen. Man solle die größten CO2-Schleudern angehen. Man brauche keine Analysen, sondern Maßnahmen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste fragt sich, warum Amt 11 nicht in der Lage sei, die Aufgaben zu bewältigen. Als das Amt gegründet worden sei, habe man gesagt, dass die Verknüpfung mit anderen Ämtern besser erfolge. Nun würden wieder externe Berater herangezogen. Es sei die originäre Aufgabe des Amtes. Er hätte gerne eine Darstellung, warum das Amt dies nicht selbst bewältigen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies ämterübergreifend wahrgenommen werde. Es sei ein Querschnittsamt, der Treiber sei das Amt 11. Die Steuerung und das Controlling müssten von Frau Zanek übernommen werden. Mit dem EEA komme man schneller voran. Man überprüfe es nochmals, ob man das Verfahren beschleunigen könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er erkenne ebenfalls keinen Mehrwert. Er könne aber verstehen, wenn man Unterstützung durch einen externen Berater benötige, aber man müsse wissen, welche Kosten auf einen zukommen würden. Er erkundigt sich, ob darüber hinaus Zusatzkosten entstehen würden.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man die Zustimmung zur Vorlage haben wolle, aber die Maßnahmen darin nicht benannt seien, die Vorlage sage etwas Anderes aus. Er schlägt vor, Herrn Schelling einzuladen und den Beschluss nochmals zu vertagen und zu schauen, wie man es gemeinsam hinbekomme.

Oberbürgermeister Arnold schlägt vor, den Beschluss am 09.03.2022 zu fassen und vorher ein Gespräch mit Herrn Schelling zu führen.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man sich in der Medizin seit Jahren mit Zertifizierungsvorgängen beschäftige. Der Vorteil sei, dass man eine nette Plakette vor der Haustür habe, den Qualitätsprozess splitte und verschiedene Aspekte besser beleuchten könne. Aber die Qualität müsse vor Ort geschaffen werden. Ihr fehle die kommunale Verpflegung., diese sei ein wichtiger Aspekt.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass der EEA mehr als eine Plakette sei, da man im politisch-administrativen Kontext mehr Schub bekomme.

Frau Zanek führt aus, dass das Thema Ernährung und Konsum platziert sei, man habe beispielsweise den nachhaltigen Einkaufsführer umgesetzt. Es mache den Anschein, dass man die Arbeit auslagere. Dies sei nicht der Fall, Herr Schelling begleite den Prozess, die eigentliche Arbeit liege bei Amt 11.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Präsentation Ergebnisse European 16 "Westliches Stadttor" Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 006/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Preisträger Tom Macht, Falk Jähmig, Simona Rošer, Kriss Edouard Gabriel sowie Herrn Prof. Erl. Er verlässt die Sitzung zeitweise und übergibt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt an Ersten Bürgermeister Baron.

Herr Prof. Erl präsentiert die Projekte 2 und 3.

Herr Macht, Frau Rošer und Herr Kriss und Herr Jähmig präsentieren ihr Projekt (siehe Anlage).

Bürgermeister Mihm ist sehr froh, dass es mit European geklappt habe. Es sei eine sehr gute Arbeit. Es biete große Chancen, man müsse mit den Grundstückseigentümern sprechen. Es sei ein komplett anderes Nutzungsprofil. Man sei in einem sehr strengen zeitlichen Fahrplan. Man benötige einen städtebaulichen Rahmenplan. Man müsse es konkret in Pläne gießen. Die nächsten Schritte würden sein, dass man das Konzept intern bespreche. Man würde auch öffentlichkeitswirksame Beteiligungsformate machen. Man würde gerne schnell vorgehen und eine Grundsatzplanung bis zum Sommer machen.

Stadtrat Bläse/CDU beglückwünscht die Gewinner. Man habe bewusst das Gebiet gewählt, da man Entwicklungspotenzial gesehen habe. Man habe auch Visionen eingearbeitet. Er bittet um detailliertere Unterlagen. Auch hier gehe es um Transformation. Man müsse alle einbinden, damit es ein Erfolg werde. Man müsse daher die Eigentümer mit einbinden. Es müsse ein Prozess sein, der sich entwickle. Es müsse ein Win-Win-Prozess sein.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen ist begeistert, man habe ein Feuerwerk an Einzelideen abgeliefert. Dass man European wieder hergeholt habe, sei eine gute Idee gewesen. Man habe eine breite Öffnung geschaffen, sowohl stadträumlich als auch für das Klima. Man habe klare Grundstrukturen angeboten mit einer klaren Vielfalt in der Ausführung. Man habe viele kleine bestehende Gebäude eingeplant, es sei eine Vielfalt vorhanden, die man auch benötige. Es sei eine Struktur, mit der man gut weiterarbeiten könne. Mit der Grünschneise schaffe man einen ganz neuen Stadteingang.

Stadtrat Zengerle/SPD bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Man solle die Anwohner jedoch nicht vergessen, dies sei im vergangenen Jahr nicht ganz so gelungen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für den Vortrag. Wenn sich die gelungenen Gebiete der Gartenschau weiterentwickeln könnten, wäre es super. Es hänge viel dran wie man mit der Mobilität umgehe. Er erkundigt sich, ob man den Titel bewusst in Bezug zu Hildegard von Bing gewählt habe.

Herr Macht antwortet, dass man lange nach einem Titel gesucht habe. Es heiße Lebensfreunde. Dass Hildegard von Bing dem Begriff eine Bedeutung gegeben habe, habe man erst später herausgefunden.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen ist gespannt, ob die Umsetzung gelinge. Durch die Schaffung der Baumallee und des Turms sei eine Begrünung vorhanden, Autos könnten dann trotzdem durchfahren. Auch Radfahrer und Fußgänger würden ebenfalls Berücksichtigung finden. Dass es autofrei werde, könne sie sich nicht vorstellen. Sie hoffe, dass der Entwurf zum Großteil umgesetzt werde.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste hofft ebenfalls auf eine Umsetzung zum großen Teil. Man wünsche eine glückliche Hand, dass es umgesetzt werden könne. Bezüglich des Verkehrs müsse man schauen, was die Zukunft bringe.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls. Es sei eine sehr visionäre Planung mit sehr viel Potenzial.

Oberbürgermeister Arnold übernimmt wieder die Sitzungsleitung und bedankt sich für die Präsentation sowie die Ausführungen der Fraktionen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Keine Themen.

zu 5 Bekanntgaben**zu 5.1 Rotrinnensteg: Aktueller Sachstand****Protokoll:**

Herr Musch stellt den aktuellen Stand vor (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

**zu 5.2 Einführung von E-Tretroller-Verleihsystemen
Vorlage: 016/2022****Protokoll:**

Erster Bürgermeister Baron stellt das Konzept vor (siehe Anlage). Man setze es ab März um.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 11

zu 6 Anfragen**zu 6.1 Unfälle mit Radfahrern****Protokoll:**

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass am Boxtorplatz ein Kind mit einem schnell fahrenden Fahrrad zusammengestoßen sei. Die E-Scooter kämen auch noch hinzu. Er erkundigt sich wie man dies künftig vermeiden könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass jeder Unfall ein Unfall zu viel sei. Es würden viele Beschwerden im Hinblick auf unangepasste Geschwindigkeit bei Radfahrern eingehen. Man habe keine Fahrrad-Polizei und beabsichtige auch keine. Jeder

müsse so fahren, dass man immer bremsen könne. Wenn man merke, dass es Gefahrenstellen gebe, die sich häufen würden, dann werde man entsprechende Maßnahmen veranlassen. Der Instrumentenkoffer sei sehr groß und sehr vielfältig.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 6.2 KfW-Förderanträge

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich bezüglich der KfW-Anträge und ob es außer dem Dorfgemeinschaftshaus weitere Projekte gebe, die die Stadt treffe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man davon ausgehe, die KfW-Förderung für das Dorfhaus zu erhalten. Andere Projekte habe er nicht im Blick, die Rückmeldungen auf die Äußerungen seien positiv gewesen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 65

zu 6.3 Bauvoranfragen Taubental

Protokoll:

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich, ob es im Bereich des westlichen Taubentals Zusagen zu verschiedenen Bauvoranfragen gebe und welche Größen dort genehmigt werden würden.

Herr Hackner antwortet, dass die Bauvoranfragen teilweise bereits abgearbeitet worden seien und teilweise laufe die Prüfung noch. Bezüglich der Größen reiche man die Antwort auf dem direkten Wege nach.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 6.4 Quartiersversammlungen

Protokoll:

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, wann die Quartiersversammlungen wieder stattfinden würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man diese mit großem Bedauern abgesehen habe. Man wolle die Quartiersversammlung von der Niederschwelligkeit beleben. Man brauche die Quartierstreffen, um Vorschläge aufzunehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 50

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Erster Bürgermeister

Den
Stadtrat: